Kulturpolitik konzeptionell gestalten

Beispiel Niedersachsen

von Johanna Wanka

Niedersachsen hat eine traditionsreiche, qualitätvolle und vielfältige Kulturlandschaft. Diese nicht nur zu erhalten, sondern weiter zu entwickeln und heutigen Anforderungen anzupassen, darüber herrscht über Parteigrenzen hinweg Einigkeit. Doch wie ist Kulturentwicklung optimal zu gestalten und umzusetzen? Wer treibt sie angesichts der leer geredeten öffentlichen Kassen voran? Wie kann die Zusammenarbeit von Politik, Kultur, Wirtschaft und privaten Initiativen zum Nutzen aller funktionieren? Über diese Fragestellungen wollen wir in den kommenden Jahren einen intensiven öffentlichen Diskurs mit allen Beteiligten führen und gemeinsam für das Land Niedersachsen die Kulturförderung weiterentwickeln.

Bundesweit lassen sich für die Kulturförderung und Kulturentwicklung zwei Schwerpunkte erkennen. Gegen alle vorausgesagten Trends zeigt der aktuelle Kulturfinanzbericht, dass die Gesamtausgaben für Kultur bis 2007 erhöht wurden und zusammen mit den Ausgaben für die kulturnahen Bereiche erstmals die 10-Milliarden-Euro-Grenze überschritten haben.

Die vorläufigen Ergebnisse zu den Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden lassen erwarten, dass die Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche in den Jahren 2008 und 2009 weiter gestiegen sind. Für 2010 wird aufgrund der Haushaltsplanung eine weitere Erhöhung auf 11,4 Milliarden Euro erwartet. Allein der Bundeskulturetat stieg zuletzt um 2,4 Prozent. Im November 2011 hat der Haushaltsausschuss des Bundestages den Etat von Kulturstaatsminister Bernd Neumann um zusätzlich 50 Millionen Euro erhöht. Damit wird der Kulturhaushalt gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Prozent aufgewertet. Diese Anhebung macht den Stellenwert von Kultur in Deutschland sichtbar, denn die gewachsene Kulturlandschaft Deutschlands ist von einer Beständigkeit der Werte bestimmt, sowohl hinsichtlich der Ressourcen wie auch der Traditionen: Die Institutionen – Museen, Theater, Orchester – , die Künstler und Organisatoren, das Publikum, sie alle folgen ihren jeweiligen Interessen und ihrer Inspiration. Die Stabilität der Kultur in Deutschland besitzt in der Geschichte seiner Bundesländer und Städte eine historisch gewachsene Grundlage: die durch die öffentliche Hand getragene Finanzierung der Kultur durch Bund, Länder und Kommunen. Das unterscheidet sie von kulturellen Strukturen etwa in den USA, wo der Staat kulturelle Einrichtungen mit nur sehr geringem finanziellen Engagement fördert, das private Engagement aber fast 90 Prozent der Kulturförderung umfasst. Es gibt daher in Deutschland ein Grundvertrauen in die öffentliche Wertschätzung und Absicherung der Kultur, ob im Bereich der Museen, Theater, der Denkmalpflege oder der freien Kultur, auf das wir stolz sein dürfen.

Vielleicht hängt mit dieser Entwicklung auch die zweite Beobachtung zusammen, dass immer mehr Bundesländer sich mit Kulturentwicklung und Kulturförderung auf konzeptionelle Art und Weise befassen. Einige Beispiele: Vorreiter war Sachsen mit dem Kulturraumgesetz 1994. Weiterentwickelt wurde die sächsische Kulturpolitik mit dem KULTUR-KOMPASS – Wegweiser für die Kulturentwicklung in Sachsen von 2009. Bremen hat einen Masterplan für die Kulturentwicklung 2006 bis 2011 geschrieben und mit Kultur 2020 – Kunstpolitik für Baden-Württemberg hat dieses Bundesland seine Vorstellungen für Kulturpolitik formuliert. In Sachsen-Anhalt hat der Kulturkonvent seine Arbeit im Oktober 2011 aufgenommen und wird bis Ende 2012 Empfehlungen über die Kulturschwerpunkte des Landes aussprechen.

Derzeit ist eine Renaissance von Kulturentwicklung als Planungsprozess vor allem auf kommunaler Ebene (Köln, Freiburg, Göttingen), aber auch auf Länderebene (Brandenburg, Thüringen, Schleswig-Holstein) zu beobachten. Kulturentwicklungspläne, wie auch -konzepte, lassen sich in ihrer Historie in drei Phasen unterteilen. In den 70er und 80er Jahren entstanden die ersten Planungsprozesse vor dem Hintergrund der Umsetzung der »Neuen Kulturpolitik«, »Kultur für Alle«, »Bürgerrecht Kultur«, auch Demokratisierung von, Partizipation an und Emanzipation durch Kultur. Treffende Beispiele sind die kommunalen Kulturentwicklungspläne in Dortmund und vor allem Osnabrück. Ende der 80er Jahre gerieten verstärkt Fragen zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur, zur Kultur als Standortfaktor und Kultur

Prof. Dr. Johanna Wanka ist Ministerin für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen und 2011 Präsidiumsmitglied der KMK.

als Image- und Identifikationsfaktor ins Blickfeld. Das belegen die Kulturkonzepte der Stadt Hamburg und wiederum Osnabrück. Auf Länderebene ragte die »Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg« heraus. Für die Kulturpolitik wurden hier ambitionierte Entwicklungsziele formuliert und intelligente Fördermodelle entwickelt. In den 90er Jahren wurden Kulturentwicklungskonzepte vor allem in den Neuen Bundesländern initiiert und durchgeführt. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands wurde ein Strukturwandel notwendig, um ehemals zentralistisch organisierte Strukturen in das föderalistische System der Bundesrepublik zu überführen, auch um einen überholten Planungsapparat zu bereinigen. Die Übergangsfinanzierung gab den Ländern und Kommunen Zeit für notwendige Anpassungsprozesse und Neuorganisation. Eine Kulturentwicklungsplanung war hier notwendig und stellte ein adäquates Planungsinstrument dar. Bereits 1992 wurde im Auftrag der Kulturpolitischen Gesellschaft eine »Konzeption für eine beteiligungsaktive Kulturentwicklungsplanung in Niedersachsen« in Loccum vorgestellt und kontrovers diskutiert, aber nicht umgesetzt.

Kulturpolitik kann und soll keine Kultur schaffen. Es ist vielmehr ihre Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Entstehung und Entwicklung einer lebendigen, auf die Potenziale der Regionen zugeschnittenen Kulturlandschaft nachhaltig ermöglicht werden.

Kulturentwicklungskonzept Niedersachsen und Kulturbericht 2010

2011 geht Niedersachsens Kulturpolitik neue Wege. Als Flächenland wissen wir: Kulturpolitik kann und soll keine Kultur schaffen. Es ist vielmehr ihre Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Entstehung und Entwicklung einer lebendigen, auf die Potenziale der Regionen zugeschnittenen Kulturlandschaft nachhaltig ermöglicht werden.

Dazu gehört auch die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel. So hat sich der niedersächsische Kulturhaushalt seit 2005 von 233.024.000 Euro auf 261.728.000 Euro in 2011 erhöht (inklusive der Landesbibliotheken und der Erwachsenenbildung). Auch hier ist festzuhalten: Der Kulturhaushalt in Niedersachsen wächst! Aber auch inhaltlich hat sich die Kulturpolitik in Niedersachsen neuen Aufgaben zugewandt. So hat das niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur erstmals für das Jahr 2010 einen Kulturbericht vorgelegt und gleichzeitig ein Kulturentwicklungskonzept, kurz KEK Niedersachsen, erarbeitet. Mit KEK Niedersachsen soll 2012 und 2013 eine aktive und strategische Kulturpolitik vorbereitet, abgestimmt und umgesetzt werden. Dieser Prozess soll dazu beitragen, die kulturpolitischen Ziele des Landes zu überprüfen, zu schärfen, abzugleichen und zu koordinieren. Zentrales Motiv ist es deshalb, einen möglichst umfassenden und ergebnisoffenen Diskurs mit vielen Beteiligten zu initiieren, wie er bereits im Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« angestoßen wurde. Kulturpolitik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Entwicklung von Kunst und Kultur zu gestalten. Es geht um eine konzeptionelle Verständigung darüber, welche Ziele in der Kultur verfolgt werden sollen, welche Strukturen dafür angemessen und finanzierbar sind. Es geht darum, Gestaltungsspielräume zu schaffen, aber auch Konsens für Schwerpunktsetzungen zu finden. Auf dieser Basis kann kulturpolitisches Handeln den aktuellen und zukünftigen finanziellen und gesellschaftlichen Herausforderungen sowie veränderten Rahmenbedingungen gerecht werden. Natürlich sind die Bedenken gegen Planungen in der Kultur vielfältig und nachvollziehbar. Die Befürchtungen, durch Planung Kreativität zu reglementieren, zu kontrollieren, letztlich damit zu verhindern, prägen bis heute die Diskussionen. Beim KEK Niedersachsen geht es jedoch an keiner Stelle um die Planung von künstlerischen und kulturellen Aktivitäten. Einwände und Vorurteile lassen sich positiv überwinden, wenn es gelingt, die Vorstellungen des niedersächsischen Kulturentwicklungskonzeptes, wie in Brandenburg, hinreichend zu kommunizieren.

Dort heißt es: »Die Kulturentwicklungskonzeption ist kein Planwerk, das die zukünftige Entwicklung festschreibt, sondern eine auf vielfältige Kommunikation gegründete Darstellung des in den jeweiligen Berichtszeiträumen erreichten, sowie über die daraus erwachsenen weiteren Entwicklungschancen.«

KEK Niedersachsen soll die Beteiligung unterschiedlicher Gruppen, Organisationen und Institute (kommunikative und kooperative Prozesse), die Koordination unterschiedlicher Akteure, die Priorisierung von kulturpolitischen Zielen, Akzeptanz- und Konsensbildung, Analyse von Trends (»Frühwarnsystem«), Überwindung von Ressortgrenzen, d.h. Kooperation über Politikbereiche hinweg, längerfristige konzeptionelle Orientierung und Verständigung und letztlich

Der Kulturförderbericht, an dem die Kulturpolitische Gesellschaft mitgewirkt hat, steht als PDF unter www.mwk.niedersachsen.de/download/62317 bereit oder kann kostenlos beim Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur bestellt werden.

Planungssicherheit ermöglichen. Es soll transparent, diskursiv und wissenschaftlich fundiert sein. Grundpfeiler sind die Bestandserhebung und Analyse (Kulturbericht 2010, Kultur-Monitoring, Kulturwirtschaftsbericht), der öffentliche Diskurs (Erarbeitung von Entwicklungszielen) und gesellschaftliche Themenfelder und Zukunftsprojekte (Programme, Maßnahmen, Vorhaben).

Der »Kulturbericht Niedersachsen 2010« legt sowohl den Kulturträgern und Kulturschaffenden, der Politik, aber auch dem Nutzer von Kultureinrichtungen Förderungen, Spielräume und Entwicklungen offen. Einen vergleichbaren Einblick hat bislang lediglich Nordrhein-Westfalen seinen Kulturakteuren verschafft. Der Kulturbericht 2010 markiert damit auch die erste Phase des KEK Niedersachsen. Er gibt einen systematischen Überblick der Landeskulturförderung im Jahr 2010, einschließlich eines Einblicks in die Fördergrundsätze. Ein zweijährliches Erscheinen des Kulturberichts verleiht diesem Berichtswesen Vergleichbarkeit, Zuverlässigkeit und Kontinuität. Dieser Bericht ist ein wesentlicher Teil des KEK Niedersachsen und gleichzeitig seine erste Diskussionsgrundlage, denn: KEK Niedersachsen ist beteiligungsorientiert. Der im November 2011 veröffentlichte Kulturbericht ist der zentrale Bestandteil für den öffentlichen Diskurs in Niedersachsen. Das Spektrum möglicher Fragen reicht dabei von der Bedeutung der niedersächsischen Kultur (und Kulturförderung) für das Land und seiner Entwicklung bis hin zu Fragen zur Schärfung des Landesprofils durch Kultur. Wie kann ein effektiver Mitteleinsatz, auch unter schwierigen Bedingungen, garantiert werden? Wie kann und soll Kulturpolitik sich auf absehbare Veränderungen und Entwicklungen einstellen? Wie lässt sich Planungssicherheit im Kulturbereich garantieren? Auch Aspekte des sinnvollen Ressourceneinsatzes im Kulturbereich und der Effektivität von Steuerungsinstrumenten werden aufgegriffen. Und es geht darum, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger des Landes mit den kulturellen Angeboten zufrieden sind.

Der Vorstellungs- und Fragevielfalt, dem Ideenreichtum der am Kulturentwicklungsprozess Beteiligten sind keine Grenzen gesetzt. Niedersachsen lässt sich von den Handelnden im Kulturbereich beraten: vom Bürger, vom Nutzer, vom Kulturschaffenden bis zum Kulturvermittler. Partner im Kulturentwicklungsprozess sind beispielsweise die Landschaften und Landschaftsverbände als regionale Kulturförderer und die Stiftungen in Niedersachsen. Die frühe Einbindung der kommunalen Spitzenverbände versteht sich von selbst. Und dies nicht nur wegen des beträchtlichen Anteils der kommunalen Gebietskörperschaften bei der Kulturfinanzierung. Als weitere Partner bieten sich die Verbände der freien Kulturarbeit (AKKU) an. Die niedersächsischen Universitäten werden ebenfalls einbezogen.

Niedersachsen wird zudem ein Monitoringsystem entwickeln, um die Ausgangssituation sowie Entwicklungstrends der Kultur in Niedersachsen zu erfassen. Kulturmonitoring ist ein auf Fundierung, Begleitung und Umsetzung angelegtes Instrument der Politikberatung. Es geht um den Aufbau verlässlicher empirischer Daten zur kulturellen Infrastruktur, zu den Kulturinteressen und dem Nutzerverhalten der Menschen in Niedersachsen. In kontinuierlichen Abständen durchgeführt, können zeitliche Entwicklungen aufgezeigt werden, die die Wirkungen von Maßnahmen verfolgen und weiterzuentwickeln helfen. Bestandteile sind eine Angebotsanalyse Kultur und eine repräsentative Befragung der niedersächsischen Bevölkerung u.a. zu Veranstaltungsbesuchen, eigenen Kulturaktivitäten, Angebotszufriedenheit und Ausgaben für Kulturaktivitäten. Eine Besucheranalyse bei den Landeseinrichtungen auf der Basis der geschlossenen Zielvereinbarungen schließt sich daran an.

Die Folgen demographischen Wandels sind zentrales Thema in Politik und Kultur. Der demographische Wandel hat viele Gesichter: Schrumpfung, Alterung und Zuwanderung sind die zentralen Themen. Deren Auswirkung auf die Kulturangebote und -einrichtungen gilt es nachzugehen.

Integration, Kulturelle Bildung und Teilhabe, audience development, Kreativwirtschaft und Kulturberufe, Kulturtourismus, Innovation, kulturelle Infrastruktur, Breitenkultur, bürgerschaftliches Engagement sowie das Thema Sprachencharta mit den Regional- und Minderheitensprachen Niederdeutsch und Saterfriesisch sind wichtige Themenfelder von KEK Niedersachsen.

Programme, Projekte und Maßnahmen, die innovativ, zukunftsorientiert und nachhaltig sind, sollen vertieft und weiterentwickelt werden. Sie greifen die oben genannten Schlüsselthemen der niedersächsischen Kulturpolitik und -förderung auf und sorgen für Verknüpfung und Fortentwicklung. Hierbei kann Niedersachsen bereits auf positive Entwicklungen aufbauen. Drei Beispiele sollen dies belegen:

- *Theater*
  Die Leistungs- und Anreizprämien, für die im Haushaltsjahr 2009 erstmals eine Million Euro zusätzlich für die Kommunaltheater bereit gestellt wurden, bleiben auch 2011 in vollem Umfang erhalten. Die niedersächsischen Bühnen haben in den Jahren 2007 bis 2009 damit insgesamt in einer finanziellen Dimension von mehr als 5 Millionen Euro von den Programmen profitiert! Die mit allen Theatern abgeschlossenen und durch Verpflichtungsermächtigungen abgesicherten Ziel- und Leistungsvereinbarungen haben sich gerade in der aktuellen finanziellen Situation erneut bewährt. Es ist gelungen, alle

Theater vor Kürzungen zu bewahren. Dies ist ein Erfolg, der sich, wenn man deutschlandweit die Entwicklung der Theaterförderung betrachtet, sehen lassen kann.

- *Musik*
  Niedersachsen versteht sich als Musikland. Musikland Niedersachsen steht für den Wert und die Bedeutung, die Musik und musikalisches Leben für die Menschen in Niedersachsen hat. Um insbesondere mehr Kindern und Jugendlichen unabhängig von sozialer, ethnischer und regionaler Herkunft den Zugang zu musikalischer Bildung zu eröffnen, läuft seit 2009 das Niedersächsische Musikalisierungsprogramm »Wir machen die Musik!«. Im laufenden Schuljahr 2011/2012 werden für Bildungsangebote in Kindergärten und Grundschulen Fördermittel in Höhe von 1,55 Millionen Euro eingesetzt. Frühkindliche Bildung ist ein zentrales kulturpolitisches Ziel des Landes Niedersachsen.
- *Leseförderung*
  Die frühkindliche Bildung spielt auch in der außerschulischen Leseförderung eine wichtige Rolle. Mit insgesamt 600.000 Euro unterstützt das Land Niedersachsen die Aktion »Lesestart Niedersachsen« für die Jahre 2010 bis 2012 und will damit junge Familien zum Lesen, Vorlesen und der Beschäftigung mit Literatur zu Hause, aber auch in den öffentlichen Bibliotheken anregen.

KEK Niedersachsen baut auf diesen Grundlagen auf und hat das Ziel, der Kulturpolitik einen über die Grenzen der Kultur hinaus höheren Stellenwert einzuräumen. Dem Trägerpluralismus in der Kultur mit seiner Innovationskraft, Kompetenz und Verantwortung wird ein offener, diskursiver und kooperativer Entwicklungsprozess angeboten. Kulturschaffende, Kultureinrichtungen, Landschaften und Landschaftsverbände, Fachverbände, Nutzer und Politik sind zu einer aktiven Beteiligung aufgerufen. KEK Niedersachsen wird schwerpunktmäßig 2012 und 2013 stattfinden. Regelmäßige Berichterstattung sorgt dabei für Information, Transparenz und Vernetzung. Das niedersächsische Kulturministerium will mit dem Kulturbericht 2010 und dem Kulturentwicklungskonzept in den nächsten Jahren neue, kreative Allianzen zwischen Kultur und Bildung, Kultur und Wirtschaft, Land, Kommunen und Stiftungen anregen. Das kulturelle Erbe zu erhalten ist dabei ebenso bedeutsam, wie Freiräume für Neues zu schaffen und gesellschaftliche Entwicklungen abzubilden. Wir wollen, dass unsere Kultureinrichtungen auch im Jahr 2020 gut besucht sind und eine breite Akzeptanz im Land haben. Damit dies gelingt, müssen alle – Kultur, Politik und Wirtschaft – gemeinsam neue Wege beschreiten. Dabei gilt es nicht nur über Finanzen und Strukturen zu reden, sondern auch eine inhaltliche Debatte über die Kulturentwicklung zu führen. Dieses wird Niedersachen tun: aktiv, partizipativ, ergebnisoffen und transparent!

Niedersachsen stärkt die Soziokultur

Sanierungsmittel für für Soziokulturelle Zentren

Die soziokulturellen Zentren in Niedersachsen sollen deutlich besser unterstützt werden. Nachdem das Kabinett bereits im September Investitionsmittel in Höhe von jeweils 550.000 Euro für 2012 und 2013 beschlossen hatte, legten die Landtagsfraktionen von CDU und FDP im November noch einmal nach und erhöhten diese Summe um 450.000 Euro, so dass in den nächsten zwei Jahren jeweils 1 Million Euro für Sanierungsarbeiten in den Soziokulturellen Zentren zur Verfügung stehen werden – zusätzlich zu den 848.000 Euro, welche die Zentren regulär für ihre Programmarbeit vom Land pro Jahr erhalten.

Gerd Dallmann, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur (LAGS) freut sich und sieht darin »eine weitere wundervolle Wertschätzung« der Soziokultur, die auch in den Stellungnahmen der Politiker zum Ausdruck kommt. So schreibt Björn Thümler, Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in seiner Pressemitteilung vom 22. November: »Die Soziokulturellen Zentren leisten in Niedersachsen eine hervorragende Arbeit und haben großen Anteil an dem vielschichtigen Kulturangebot besonders im ländlichen Raum«.

Die LAGS hat einen Investitionsbedarf von über 7 Millionen Euro bei ihren 72 Mitgliedern ermittelt. Deshalb wird es wohl noch weiterer Anstrengungen bedürfen, bis die Kulturzentren einen modernen Standard erreicht haben, mit dem sie dem Bedarf der vielen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gerecht werden können, die die Häuser nutzen. Doch ein Anfang ist gemacht.

Stiftung Niedersachsen plant Förderprogramm Soziokultur

Ende November hatte die Stiftung Niedersachsen zur Entwicklung eines Förderprogramms Soziokultur 30 Fachleute und Akteure eingeladen, um sich einen Überblick über aktuelle Problemlagen und mögliche Zukunftsperspektiven in der Soziokultur zu verschaffen. Mit dabei waren u.a. der Präsidenten der Stiftung Niedersachsen, Dietrich H. Hoppenstedt, und Kulturministerin Prof. Dr. Johanna Wanka.

Mit dem geplanten Förderprogramm, das nicht an die Stelle der bisherigen Fördermöglichkeiten tritt, sollen Projekte gefördert werden, die Teilhabe ermöglichen, Identität stiften und Strukturen stärken. Dabei sollen der ländliche Raum, aber auch die Städte berücksichtigt werden. (Red.)